

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Reich-Deutschland 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Einverständnis des Reichspostamts und des Reichspostministeriums, für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Bestellungen außerhalb Deutschlands und Österreichs 24,- M. jährlich. Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-9.

Die achtspaltige Kompositionelle über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Leertextaufschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leertextaufschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,50 M. netto pro Zeile. Berlin-Postkarte in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4602, 4635, 4649, 4624.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Oberschlesien und die Entente

Eine deutsche Note

Es wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung an die Entente eine Note richtete, in der sie sich in der schärfsten Weise gegen die Verdrängungen wendet, daß die Unruhen in Oberschlesien von der deutschen Regierung mit ihrer Unterstützung oder auch nur mit ihrem Vorwissen angezettelt worden seien. Die Regierung verlangt, daß die Interalliierte Kommission in Oberschlesien die ihr durch den Friedensvertrag obliegende Aufgabe eines Treuhänders auch gegenüber den Polen in unparteiischer und nachdrücklicher Weise wahrnehme.

Ruhige Lage

Die Annahme, daß es sich in Oberschlesien nicht um einen wohl- oder schlecht vorbereiteten polnischen „Aufstand“, sondern um eine Abwehraktion handelt, scheint sich zu bestätigen. Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen; daß es zu einem allgemeinen Streik im Industriegebiet kommt, ist kaum anzunehmen. Die Telegraphen-Union verzögerte heute früh die folgende Meldung:

Bis um Mitternacht war es gestern in Kattowitz ruhig. Es besteht begründete Hoffnung, daß in aller kürzester Zeit die normalen Zustände wieder hergestellt werden. Die Besatzungstruppen sind vollkommen Herr der Lage. In Beuthen machte sich gestern gegen Abend eine nervöse Stimmung bemerkbar, aber auch hier kam es zu keinerlei Zwischenfällen. Das Leben wickelt sich ganz normal ab. In Oppeln war es gleichfalls durchaus ruhig. Der Durchgangsverkehr durch Oppeln ist dagegen auffällig stark, wohl von Flüchtlingen aus Oberschlesien, die sich nach dem Reich begeben. Der Landkreis Kattowitz besand sich noch in den Händen der Polen, die ihr Unwesen auch auf den Kreis Pleß ausdehnten, wo sie Schrecken verbreiteten. An der oberschlesisch-polnischen Grenze herrschte ein überaus reger Verkehr. Die Polen gehen unbewaffnet über die Grenze und kehren schwer bewaffnet zurück. Ganze militärische Verbände wurden in Zivil hübergebracht, um bewaffnet zu werden. Es scheint sich zu bestätigen, daß polnische reguläre Truppen sich unter den Insurgenten befinden. In Myslowitz wurde eine Hundertschaft der Sicher-

heitspolizei entworfen und gefangen genommen, und zum Teil nach Polen, zum Teil in das Quartier der Insurgenten nach Schopinitz gebracht. Schopinitz, Myslowitz und Laurahütte waren nicht zu erreichen, auch der Eisenbahnverkehr nach dort war unterbrochen. Das polnische Hauptquartier der Aufständigen befindet sich in Schopinitz und Eichenau. Im Kreise Pleß traten gestern nachmittags polnische Banden in Aktion, umzingelten den Ort Anahst und setzten ihn in Brand. Ein Teil des Dorfes wurde niedergebrannt. Von hier aus zogen die Banden gegen Abend auf Imilin und Alt-Berun zu. Der Besatzung des Kreises Pleß hatte sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Aus Laurahütte lagen auch gestern Abend noch keine vollständigen Nachrichten vor, es stand nur soviel fest, daß dort stark geplündert worden ist. Leobischütz-Süd bei Kattowitz, besand sich in den Händen der polnischen Aufständigen. Es kam dort zwischen der Sicherheitspolizei und den Polen zu schweren, verlustreichen Gefechten, in deren Verlauf sich die Sicherheitspolizei wegen ungenügender Bewaffnung vor dem an Zahl weit überlegenen Gegner zurückziehen mußte, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden. Die Streikbewegung im Bergrevier hat großen Umfang angenommen, besonders in den polnischen Grubenbezirken um Myslowitz und Kattowitz. Sie dehnt sich neuerdings auch auf den Hindenburg-Bergbau aus. Es ist zu erwarten, daß die Streikbewegung heute noch größeren Umfang annehmen wird. Ueber Kattowitz-Land wurde der Belagerungszustand verhängt. Nach Informationen an zuständiger Stelle, hatte es den Anschein, als ob die Interalliierte Kommission sich gegen die Aufstandsbewegung wenden wird, während es gestern noch so schien, als ob französischerseits die Polen unterstützt würden. Es wurde verlautet, daß für die deutsche Bevölkerung kein Grund zur Beunruhigung vorliege, und daß dem Vordringen der Polen kein Einhalt geboten würde. Die deutsche Besatzung wurde aufgefordert, die Maßnahmen der Interalliierten Kommission nicht zu durchkreuzen, sondern alles daran zu setzen, Ruhe und Ordnung zu bewahren.

Auch aus dieser Meldung geht deutlich hervor, daß die von den beteiligten Kreisen verbreiteten Nachrichten zum großen Teil auf Vermutungen und Gerüchten beruhen. Insbesondere ist es unerklärlich, daß man über die Ereignisse in denjenigen Ortschaften zu berichten weiß, die sich in der Hand der Polen befinden und mit denen jede Verbindung abgebrochen sein soll.

Der russisch-polnische Friede

Die in der heutigen Morgenausgabe wiedergegebenen Friedensbedingungen, die der Vorsitzende der russisch-ukrainischen Friedensdelegation Danilowitsch bei den Verhandlungen in Kinsl bekannt gab, schaffen endlich völlige Klarheit darüber, auf welcher Basis die Sowjetregierung den Frieden mit Polen herbeiführen will. Gegenüber allen Ausstellungen von gegnerischer Seite, die die ehrliche Friedensbereitschaft Sowjetrußlands anzweifeln, geht aus diesen Bedingungen hervor, daß die Sowjetregierung konsequent an der Linie festhält, die sie wiederholt in ihren Kundgebungen an das polnische Volk zum Ausdruck gebracht und die sie noch neuerdings in der Note, die Kamenew der englischen Regierung am 10. August übermittelte, in aller Klarheit formuliert hat.

Die russischen Friedensbedingungen erkennen die Unabhängigkeit Polens und das Recht des polnischen Volkes an, seine Regierung nach eigenem Ermessen einzusetzen. Damit ist neben der polnischen Unabhängigkeit auch die Souveränität des polnischen Volkes anerkannt. Es ist zugleich dadurch der strikte Beweis erbracht, daß die Sowjetregierung, im Einklang mit den Kundgebungen Tschitscherins, nicht die Absicht hat, dem polnischen Volke eine Verfassung aufzuzwingen, die nicht seinen eigenen Wünschen entsprechen würde. Das polnische Volk hat selbst darüber zu bestimmen, wie es nach der jetzigen Katastrophe, in die es durch seine bisherigen Machthaber hineingetrieben wurde, seine staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse aufzubauen gedenkt.

Was Sowjetrußland in erster Linie anstrebt, ist die Sicherung seiner Grenzen vor jedem neuen Ueberfall der polnischen Imperialisten und der hinter ihnen stehenden Imperialisten der Entente. Diese Forderung ist durchaus berechtigt, denn Polen hat den Krieg begonnen als räuberischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und Sowjetrußland, das sich 1 1/2 Jahre ehrlich bemüht hatte, alle Differenzen mit Polen auf dem Wege der Verständigung aus dem Wege zu räumen und ein allgemeines friedliches Abkommen mit seinem westlichen Nachbarn zu schließen. Die Forderung der Abrüstung bis zu der Grenze von 50 000 Mann, ebenso wie die Forderung, daß Polen keinem fremden Staate gestattet dürfe, sein Land als Operations- oder Stappengebiet gegen Rußland zu benutzen, ist um so eher berechtigt, als noch jetzt umfassende Vorbereitungen im Gange sind, eine neue Angriffsfrente gegen Rußland vorzubereiten und Ungarn, Rumänien, Polen als Stützpunkte für eine neue militärische Intervention im Osten zu benutzen. Als Gegenleistung für die Abrüstung Polens ist Rußland bereit, den Rückmarsch der russischen Armeen bis hinter die von Lord Curzon am 11. Juni angegebene Grenzlinie zu vollziehen. Es besteht also keine neue militärische Bedrohung durch Rußland, zumal die russische Regierung das zwischen beiden Armeen liegende Gebiet als neutrale Zone erklärt, deren Verwaltung in die Hände Polens und einer gemischten, von den Gewerkschaften gebildeten Kommission gelegt werden soll.

Es ist bemerkenswert, daß die Sowjetregierung trotz der ungeheuren Opfer, die der polnische Angriffskrieg Rußland und der Ukraine verursacht hat, keine Entschädigung von Polen verlangt. Es müssen lediglich die aus dem besetzten Gebiet fortgeschleppten landwirtschaftlichen und industriellen Mobilien sowie das geraubte Eisenbahnmateriale an Rußland zurückgegeben werden. Die einzige Forderung, die Rußland an Polen stellt, ist die des freien Transits für Personen und Güter durch Polen und der Uebergang der Eisenbahn Wolkowisch-Grajewo in den Besitz und die Kontrolle der russischen Republik. Diese Forderung wird bedingt durch die Notwendigkeit, endlich in freien Wirtschaftsverkehr mit den westlichen Ländern zu gelangen, und Polen wird um so weniger berechtigt sein, diese Forderung abzulehnen, als es selbst die Notwendigkeit des „polnischen Korridors“ durch Deutschland damit begründet hat, daß es einen freien Zugang zur Ostsee brauche, um wirtschaftlich existieren zu können.

Diese wesentlichsten Punkte der russischen Friedensbedingungen kennzeichnen das aufrichtige Bestreben der Sowjetregierung, ein Abkommen mit Polen zu treffen, das frei ist von jenen gewaltpolitischen Tendenzen, die die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk, Versailles und St. Germain erfüllen. Im Gegensatz zu den Imperialisten Deutschlands und der Ententestaaten will die russische Sowjetregierung, als Vertreterin der arbeitenden Klassen Rußlands und der Ukraine, einen Frieden herstellen, der aufgebaut ist auf den Grundsätzen der nationalen Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechtes des polnischen Volkes. Es liegt nun an Polen und an den regierenden Kreisen der Entente, ob dieses Ziel Rußlands verwirklicht wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Polen, berauscht von den militärischen Erfolgen, die sie in den letzten Tagen errungen haben, in ihre imperialistischen Wahnvorstellungen zurückfallen und gemeinsam mit den kriegervorstelligen Eliten, die in den Ententeländern ihr Unwesen treiben, den Frieden mit Rußland zu sabotieren suchen. Würde dieser Fall

Unverantwortlich und dumm

Unstimmige Putschversuche im Industriegebiet

Wir haben am Freitag nachdrücklich vor putschistischen Unternehmungen gewarnt, zu denen eine Reihe verantwortungsloser Personen die Arbeiterschaft wieder aufzufachen versuchte. Eine ähnliche Warnung hatte auch die kommunistische Zentrale veröffentlicht. Trotzdem ist es im Rheinland zu einzelnen Putschversuchen gekommen. Die Kundgebungen sollen von der R. A. P. D. ausgehen und diesem Zusammenhangslosen und wirren Haufen von Abenteurern und sensationstüchtigen Literaten, denen leider auch einzelne Arbeiter ohne politische Schulung nachlaufen, ist der Blödsinn schon zuzutrauen, auf eigene Faust in der einen oder anderen Industriestadt die „Räterepublik“ zu errichten. Die Berichte stimmen auch darin überein, daß es sich um Aktionen kleiner Gruppen handelt, und daß selbstverständlich die organisierte Arbeiterschaft überall diesen Treibeisen aufs Entschiedenste entgegentritt. Der praktische Erfolg kann nur der sein, daß die Gegenrevolution, die durch die Aufbedung der Orgeß-Beschwörung einen empfindlichen Schlag erlitten hat, aufs neue gestärkt wird und daß der französische Militarismus unter Umständen einen erwünschten Vorwand erhält, das Ruhrgebiet zu besetzen. Für uns besteht auch kein Zweifel, daß an diesem Unfug provokatorische Elemente beteiligt sind, und es gehört schon der ganze Unverstand und die ganze Gewissenlosigkeit der R. A. P. D.-Leute dazu, solchen Elementen das Spiel zu erleichtern. Natürlich wird der Spul rasch vorüber sein, da sich die Arbeiter an solchen Abenteuern nicht beteiligen. Das ändert aber nichts daran, daß solche Versuche einen argen Schaden bedeuten und nur im Interesse der Gegner der Arbeiterklasse liegen. Es ist Pflicht unserer Genossen, den politischen Abenteurern überall mit der größten Energie und Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten.

Räterepublik in Velbert

W. D. Düsseldorf, 20. August.

In Velbert ist die Räterepublik ausgerufen worden. Hundert Mann haben das Rathaus besetzt und requirierten in der Stadt Automobile und Fahrräder. Bei den Wohlhabenderen wird Geld erpreßt. Von der Reichsbank soll bereits eine Million Mark erpreßt worden sein. Auch in Düsseldorf sind Unruhen ausgebrochen, doch haben dieselben keinen blutigen Charakter angenommen. Um 6 Uhr 30 Minuten ist eine Versammlung der Kommunisten abgehalten worden, weil die Redner noch nicht gekommen waren. Es wurde das Stichwort: „Soll eure Waffen!“ gegeben. Die Menge hat sich um 7 Uhr gegen das Rathaus in Marsch gesetzt. Die Sipps versucht, die Menge wegzudrängen. Von einer anderen Seite wird mitgeteilt: In Velbert bei Elberfeld haben sich heute rote Banden der öffentlichen Gewalt bemächtigt und die Räterepublik ausgerufen. Post- und Telegraphen-Banken und öffentliche Gebäude sind in den Händen der Roten. Die Bewegung geht von der R. A. P. D. aus. Bewaffnete Banden sollen in Marsch von Velbert nach Wülfrath sein. In Elberfeld finden Demonstrationen statt. In Düsseldorf sind für heute Abend Versammlungen angesetzt, ebenso in Gelsenkirchen und Gerne. In Essen, Barmen und Kemscheid fordern Paläste zum Kampf auf. Die „Vollstimme“ in Hagen kündigte für die Woche vom 22. bis 28. August eine rote Woche an, was natürlich nur die Ankündigung einer Agitationswoche zur Gewinnung von Abornenten und Parteimitgliedern bedeutet. Die Sicherheitspolizei glaubt der Lage Herr zu werden.

Putschversuch in Elberfeld

W. D. Köln, 21. August.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Elberfeld: Die Arbeitslosen veranfaßten gestern mittag wieder eine Kundgebung bei der durch die Wortführer der Stadtverwaltung eine Anzahl von Forderungen unterbreitet wurden. Nachmittags setzte ein mißglückter Putschversuch eines Hanselns Anhänger der R. A. P. D. ein. In einer Versammlung auf dem Grerzierplatz hatten ihre Redner zum sofortigen Handeln, zur Ausrufung der Räterepublik und Diktatur des Proletariats aufgefordert und etwa 1000 bis 1500 Personen zogen zum Rathaus; es war vor den Anrückenden aber rechtzeitig verschlossen worden. Ein Trupp zweigte zum Polizeigefängnis ab um dort die Herausgabe der Waffen zu bewirken, man konnte sie jedoch durch gütliches Zureden zum Abzug bewegen. Vor dem Rathaus blieb die Menge noch längere Zeit versammelt. Zur größeren Sicherheit war eine Abteilung Sicherheitspolizei herbeigerufen worden, die das Rathaus mit drei Maschinengewehren umstellte. Die Sicherheitspolizei konnte nach einiger Zeit wieder abrücken.

Das Abenteuer beendet

Düsseldorf, 21. August. (W. T. B.)

Der Regierungsvorsitzend teilt mit: Velbert, wo gestern die Räterepublik ausgerufen worden war, ist heute in den frühen Morgenstunden durch Sicherheitspolizei, Abteilung Essen, genommen worden. 25 kommunistische Aufreißer wurden verhaftet. Die verfassungsmäßigen Zustände sind in Velbert wieder hergestellt.

Gegen den Krieg mit Rußland

Amsterdam, 21. August.

In Groß-London ist laut Telegramm ein Aktionsrat gebildet worden. Heute sollen große Kundgebungen für Rußland stattfinden.

Sidney, 21. August.

Der Arbeiterrat von Sidney hat beschlossen, sich jeder militärischen Intervention gegen Rußland zu widersetzen.

treten, so fielen die Verantwortung für das Nicht-
zustandekommen des Friedens auf die polnischen Nach-
haber und ihre ententistischen Gesinnungsgenossen. Das ge-
samte europäische Proletariat würde aus dieser Tatsache die
notwendigen Konsequenzen ziehen, und die Welle der proletari-
schen Empörung, die schon bisher die kriegerischen Ablichten
der Ententeregierungen nicht zur Ausführung gelangen
ließ, würde so gewaltig anschwellen, daß nicht nur Polen,
sondern auch die schuldigen Regierungen letzten Endes die
Leidtragenden sein würden. Wenn in Warschau, Paris und
London bei den Machthabern noch ein Funke von Vernunft
vorhanden ist, so müssen sie sich sagen, daß die realen
Kräfteverhältnisse gegen sie sprechen. Weder
würde das russische Volk in seinem Widerstand gegen die
imperialistischen Ablichten Polens und der Entente erlahmen,
noch würde das europäische Proletariat in seiner
Gesamtheit es den Regierungen verzeihen, daß sie den
Abbruch des Friedens verhindern und neue kriegerische Ver-
wicklungen heraufbeschworen haben.

Für das deutsche Proletariat kommt es in dieser ent-
scheidenden Stunde darauf an, nochmals mit aller Klarheit
und Bestimmtheit zu erklären, daß es sich jedem Versuch,
deutsches Gebiet für die Durchfuhr von Truppen und
Kriegsmaterial zu benutzen und Deutschland in den Krieg
hineinzuziehen, widersetzen würde. Käme der Friede im
Osten durch die Schuld der polnischen und ententistischen
Imperialisten nicht zustande, so würde sich das deutsche Pro-
letariat in einer Front mit dem Proletariat Russlands, Po-
lens, Frankreichs und Englands zusammenschließen. Nicht
platonische Sympathieäußerungen, sondern reale po-
litische Handlungen des internationalen Proleta-
riats, das sich seiner Macht und Bedeutung bewußt geworden
ist, würden das Ergebnis einer Politik sein, die den ehr-
lichen Friedenswillen Russlands durch diplomatische Winkel-
züge und verräterische Spekulationen zu vereiteln trachtet.

Die Polen fordern Wilna.

L. u. Warschau, 21. August.

Die polnischen Zeitungen sprechen sich für eine Fortsetzung
des Krieges bis zur endgültigen Vertreibung der
Russen aus Polen aus und verlangen die Rückeroberung des
litauischen Gebietes mit Wilna, bevor Frieden geschlossen werden
kann.

Polnischer Frontbericht

L. u. Warschau, 21. August.

Am 19. d. Monats polnischer Heeresbericht vom 20. August 1920: Nord-
front: Unsere Gegenaktion in Westpreußen hat zur Wieder-
gewinnung von Strasburg und Neumark geführt. In den Kämpfen
um Strasburg verlor der Feind 400 Tote, 4000 Gefangene, denen
tätige Unterstützung der Bolschewisten nachgewiesen wurde, wurden
hundertfach erschossen. Im Abschnitt Bock drängte unsere In-
fanterieabteilung den Feind aus der Peripherie der Stadt, machte
hierbei Gefangene und erbeutete mehrere Maschinengewehre. Die
Feindbesatzung nahm mit vollkommenem Rückzug an den Straßen-
kämpfen teil und erlitt schwere Verluste. Nach dem Rückzug
wurden unermessliche an der Bevölkerung und den Gefangenen vom
Feinde verübte Grausamkeiten festgestellt. Unter den Opfern be-
finden sich 4 Samaritanerinnen (??). Im Abschnitt Ciechanow
trug unsere Abteilung einen größeren Erfolg davon und zerstörte
die hier angelagerten feindlichen Kräfte. Die Stadt Ciechanow,
die teilweise verloren war, wurde wieder erobert. Die Lage
der bolschewistischen Armeen, die zwischen der Weichsel und der
deutschen Grenze operieren, wird immer kritischer. Abteilungen
unserer ersten Armee verfolgen den Feind, der sich in Unordnung
auf Ostrowo zurückzieht.

Mittlere Front: Die siegreiche Offensive der Zentrums-
armee entwickelte sich ausgezeichnet. Am 19. d. Monats, zwischen 5 bis
10 Uhr abends rücken Abteilungen der 3. Legionär-Division in
Brest-Litowsk ein. Die östlichen Forts wurden besetzt. In
Drohiczyn wurde der Stad der 17. bolschewistischen Division und
ein Teil des Stabes sowie Abteilungen der 2. und 27. bolschewisti-
schen Divisionen gefangen genommen. Alle Armeekommandos
betonen mit höchster Anerkennung ein überaus patriotisches
Verhalten der Zivilbevölkerung in den neu besetzten
Gebieten. Einzelne Dörfer führten ganze Gruppen Gefangene
heran und kämpften im Falle sie bewaffneten Widerstand
leisteten. Die Zahl der Gefangenen hat sich in letzter Zeit auf
18 000 erhöht. Im Abschnitt Hrubicow leisteten unsere Ab-
teilungen den zum Angriff vorgehenden Feinde erfolgreichen Wider-
stand.

Südfont: Vor Lemberg haben die die Stadt verteidigen-
den Abteilungen der Reiterarmee Wodienno wieder eine empfind-
liche Niederlage beigebracht. In einem glänzenden Reiterangriff
bei Kustowa haben die Kavallerieabteilungen des Obersten Rumel

einige feindliche Schwadronen überritten und vernichtet. Bei Pi-
tulowicz gelang es, durch ein geschicktes nächtliches Manöver
eine größere Abteilung Wodienno zu umzingeln und zur Ueber-
gabe zu zwingen.
Auf dem südlichen Flügel Ruhe, ebenso beim Uebergang
über den Dnjestr. Bei Mikulajowo sind Kämpfe im Gange.

Die polnische Offensive ist nach dem neuesten Heeresbericht
noch nicht zum Stillstand gekommen. Der Vormarsch auf den
Bug zu hält an, er soll an einigen Orten sogar schon über-
schritten sein. Warschau ist damit von der Gefahr einer
drohenden Umklammerung befreit. Die Sowjettruppen halten
sich nur noch in nördlicher Richtung der Stadt. Ciechanow
wechselt dauernd den Besitzer. Dieser Ort ist für die russischen
Truppen äußerst wichtig. Sie müssen den Gegner an dieser
Stelle wenigstens solange aufzuhalten versuchen, bis die noch
im Raume westlich der Bahn — Warschau — Soldau — Danzig
operierenden Truppen zurückgenommen worden sind.

Die Erfolge der Polen sind in der Hauptsache dem Umstand
zuzuschreiben, daß die russische Armee in ihrem unaufhaltsa-
men Vormarsch sich zu weit von ihrer Versorgungs-
basis entfernt hatte. Mangel an Nachschub mußte natur-
gemäß eintreten, das Heranschaffen der Hauptmacht ver-
zögerte sich. Die Polen aber verstanden es, im Festungs-
bereich der Stadt Warschau Reserwivedivisionen zu-
sammenzustellen, die sie zum Gegenstoß dort ansetzten, wo der
Russe am schwächsten geworden war. Die Hand des fran-
zösischen Generalkommandos ist deutlich zu spüren. Die
Operationen der polnischen Armee erinnern an die Marne-
schlacht im Herbst 1914. Die manövrierende Taktik ist ein
Grundzug der französischen Kriegsführung. Die Franzosen
haben damit während des Weltkrieges auch die deutschen
Heere bemeistert, die in der Verteidigung sowohl als auch im
Angriff am sogenannten starren Prinzip festhielten, auch dann
noch, als sie vor allem im Stellungskrieg unge-
heure Verluste dadurch erlitten.

Der Vergleich mit der Marnechlacht gilt natürlich für die
gegenwärtige Situation im russisch-polnischen Krieg nur be-
dingungsweise. Die Konsequenzen der weiteren Kriegsführung
werden im Osten ganz andere sein, als sie es im Westen
waren. An einen Stellungskrieg ist im Osten bei der beider-
seitigen Stärke der Armeen nicht zu denken. Weder die Russen,
noch die Polen könnten mit ihren Kräften die riesige Front-
linie, etwa vom Dnjestr bis Dünaburg, besetzen, festungs-
artig ausbauen und mit einem Meer von Schützengraben-
wällen überziehen. Dazu fehlen vor allem auch die techni-
schen Hilfsmittel. Der Krieg im Osten wird daher
immer ein Bewegungskrieg bleiben. Vom Ausgang der Ver-
handlungen in Warschau hängt die Frage ab, ob die Operationen
weitergehen oder abgebrochen werden. Die polnische
Offensive muß über kurz oder lang zum Stehen kommen,
denn die Reserven werden bald erschöpft sein. Gelingt
es den russischen Heerführern, neuen Nachschub zu erhalten,
dann wird es sogar recht schnell zu einem großen Gegenstoß
kommen.

Der polnische Vorstoß ist noch von einer Begleiterscheinung
umgeben, die wir sonst bei modernen Kriegen nicht finden.
Der Heeresbericht hebt lobend die Betei-
ligung der Zivilbevölkerung an den Kämpfen
heraus. Völkerrichtlich ist das nicht zulässig und führt im
allgemeinen zu den schärfsten Repressalien. Die Kämpfe
scheinen äußerst erbitterte Formen angenommen zu haben. Nach
dem polnischen Bericht sind in Strasburg sieben Deutsche
erschossen worden, die die Bolschewisten „begünstigt“ haben
sollen. Weiter heißt es, daß „einzelne Dörfer ganze Gruppen
Gefangene abführen und im Falle sie bewaffneten
Widerstand leisteten, niederkämpfen“. Das heißt
sowie: die Gefangenen werden ermordet, denn „be-
waffneter“ Widerstand kann von ihnen nicht geleistet
werden, weil Gefangene nicht mehr im Besitz von Waffen
sind.

Wirtschaftliche Verhandlungen

L. u. London, 21. August.

Nach einem drohenden Bericht aus Moskau drängt Trotski
weiter auf die Notwendigkeit eines russisch-deutschen Abkommens
hin, „um Europa vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und dem
Chaos zu retten“. Im Zusammenhang hiermit gibt Trotski fol-
gende Erklärung ab: Es besteht die Möglichkeit, daß Deutschland
binnen kurzem ein politisches und wirtschaftliches Abkommen
schließen würde.

Die „Times“ schließt hieraus, daß zwischen Moskau und Berlin
bereits über ein Abkommen verhandelt wurde. Der Berliner
Sowjetvertreter, Viktor Kopp, soll in Moskau gewesen sein, um die
Bedingungen für das Abkommen, über das er mit der Berliner
Regierung unterhandelt hatte, seiner Regierung vorzulegen.

Gegenüber den Behauptungen der „Times“ sei darauf hin-
gewiesen, daß es sich bei den Verhandlungen mit Kopp aus-
schließlich um wirtschaftliche Verhandlungen handelt,
die in aller Öffentlichkeit geführt werden und über die aus-
führliche Berichte in der Presse erschienen sind.

Ein Prozeß gegen die Verschwörer

Moskau, 20. August. (Durch Funkgespräch.)

Gestern begann vor dem Moskauer Revolutionärtribunal
die Verhandlung in der Angelegenheit des falschen Zentrums der
gegenrevolutionären Organisation, deren Ziel die
Sturz der Rätemacht, die Einführung einer Diktatur der Generäle
in Rußland und die Wiederherstellung des Kapitalismus und der
vorrevolutionären Zustände war. Auf der Anklagebank befanden
sich Mitglieder des Verbandes der Großgrundbesitzer, Kaufleute und
Industriellen, Professoren und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens,
die früher zu den Vätern der russischen Intelligenz
gehörten. Unter ihnen befanden sich bekannte Namen: Schagina,
Trubetzkoi, Meltschamow, Borissow, Rosanow, Kotljarski, Pro-
poppow, Bergelwast, Alexandra Szwonna, Zolotj, Kraskin, Chrusch-
schow, Kajetow, Rosow und andere. Am ersten Tage der Ver-
handlungen wurden die Anklageakten vorgelesen.

Munitionsschiebungen in Lübeck

Ein lehrreiches Beispiel

Im Lübecker Hafen sollen 1000 Tonnen Artilleriemunition ver-
laden werden, die angeblich für die Reichswehr in Ostpreußen
bestimmt sein soll. Die Betriebsräte beschloßen in einer
großen Versammlung die Verladung vorläufig zu verweigern.
Es wurde eine Abordnung nach Berlin entsandt, um sich
bei dem Ausschuß der drei sozialistischen Parteien zu erkundigen,
ob die Verladung trotzdem stattfinden soll. Man hegt Zweifel,
daß die Munition, die in einem finnischen Dampfer ge-
laden werden soll, auch wirklich in Ostpreußen ankommt.

Wir raten den Arbeitern dringend, die Munition unter keinen
Umständen zu verladen. Wir wissen, daß seit Jahr und Tag
riesige Mengen an Waffen, Munition und Ausrüstungsgegen-
ständen nach Finnland verschoben werden. Und zwar auf Grund
von Verträgen, die zwischen der deutschen und der finnischen
Regierung abgeschlossen worden sind. Millionenausträge
sind schon erteilt und ausgeführt worden. Dabei ist folgendes
festzustellen: Im Herbst vorigen Jahres, als das Baltikum
oben in voller Höhe war, wurden in Frankfurt a. M.
drei große Röhre angehalten, die vollbeladen waren mit Waffen
und Munition. Aus den Schiffspapieren ging der Bestimmungs-
ort nicht klar hervor, sie sollten aber über See gehen. Die Frank-
furter Reichssozialisten schlugen Alarm, auch der „Vor-
wärts“ brachte einen ausführlichen Bericht. Schließlich gaben die
„F. F. R.“ ein amtliches Dementi wieder. Es hieß von „zustän-
diger Seite sei einwandfrei festgestellt worden“, daß die
Waffen- und Munitionsladung nach Lübeck transportiert
werden und dort demontiert werden sollte. Der Frankfurter
Reichssozialist Schröder, der die Sendung zuerst festgehalten
und Alarm geschlagen hatte, bestätigte die Richtigkeit dieser Mel-
dung, beruhigte die Arbeiter und gab den Transport frei.

Die Waffen waren aber in Wirklichkeit nicht für Lübeck, son-
dern für Finnland bestimmt. Sie sind dort auch wohlbehalten
angekommen. Schröder wurde nämlich durch die finnische Gesand-
tschaft nach Berlin befragt, bekam hier eine größere Befehls-
summe (15 000 Maef) und betrog die Arbeiter, die ihm die ge-
nauere Untersuchung der Angelegenheit anvertraut hatten. Für diese
Behauptung können wir jederzeit vor Gericht die dok-
umentarischen Beweise vorlegen.

Der Fall aber soll die Arbeiterschaft zur verstärkten Aufmerk-
samkeit ermuntern. Den behaupteten Behauptungen und An-
klagenverfälschungen, wie sie bei Munitionsschiebungen üblich sind,
müß das große Mißtrauen entgegengebracht werden.

Gründung einer monarchistischen Zeitung in Wien. In
den ersten Tagen des September wird in Wien ein monarchistisches
Tageblatt erscheinen, dessen politische Leitung in den Händen von
Pan, ehemaligen örtlich-sozialen Abgeordneten, Dr. Alois
Sager, dem bekannten Verordnungsbeamten des Erzherzogs Karl
und des ehemaligen Gesandten Dr. Wiesner liegt. Dem neuen
Presch-Unternehmen sollen bedeutende Geldmittel zur Ver-
fügung stehen.

Die Weisheit der Freude

Von Professor Dr. Carl Ludwig Schiele, dem be-
kanntesten Arzt und Schriftsteller, der sich über „Gedankenmacht
und Heilung“ und über das „Problem des Todes“ äußert, ist dieser
Tag im Verlag Ernst Kossowski, Berlin, ein apostrophisches
Büchlein „Weisheit der Freude“ erschienen, dem nachstehende Sätze
entnommen sind:

Die Sonne ist der Quell der Freude. Das ganze Nervensystem
ist ein Geflecht der Sonne. Sie spannt sich selbst die Harfenalteln,
auf denen wir ihr Lied singen. Die Farbe der Sonne ist Licht. Das
Dunkel ist ein Heimweh nach Licht. Ein Strahl der Sonne kann
mehr erwecken, als tausend Klänge zu erklingen vermögen.

Man nichts mehr gern denken, heißt den Tod rufen.

Das Gefühl der Freude entsteht aus einer plötzlichen Bejahung
des Lebens. Indem wir lachen, jauchzen wir dem Weltall tausend
„Ja!“ entgegen. Unsere Freuden sind unsere erhaltungsgemähesten
Ereignisse. Unser Lebenslied konsoniert zum Weltakkord, jede
Dissonanz zu ihm ist Unlust.

Ein Mensch ist so stark, wie er lustig sein kann. Man ist in dem
Maße jung als man empfänglich bleibt für die Freuden der
Jugend. Ein vergnügter Greis ist eben nur ein alter Knabe.

Die Kraft eines Volkes sollte man nach dem Maß seines Froh-
sinnes messen. Wo Ernst ist, ist auch Sklaverei. Vertraue den
Geistern mehr, als den Bedächtigen, sie sind lebensfähiger.

Ein nicht fröhliches Kind ist unter allen Umständen ein krankes
Kind.

Es gehört Mut zu dem Bekenntnis glücklich zu sein, die meisten
sind nur aus Furcht bescheiden. Der alte Aberglaube an den Reich
der Götter macht viele zu Heuchlern und Verleugnern ihres Froh-
sinns.

Der Sinn des Lebens wäre ein Unsin, wenn er nicht auf
Freude geseht wäre. Alle Unlust, alle Traurigkeit ist ein
schmerzliches Verlangen nach Lust. Diese ist der produktive Ge-
danke der Schöpfung, jene nur seine Negation. Der Weisheit ist
ein anmaßender Kritiker des höchsten Kunstwerkes, des Lebens.

Das Schönste am Menschen ist sein Auge. Es empfängt den
Quell des Lebens, das Licht, und gibt es wieder zurück als Strahl
der Dankbarkeit. Die Sonne schuf das Menschenauge, um sich
selbst und ihre Schönheit darin zu bewundern. Das Weltall
glüht in unseren Augen und es verglimmt in unseren Tränen.

Phantasie haben heißt Schöpfermänner fühlen, die Welt nach-
denken.

Neue Verse

Mit den deutschen Generälen haben auch die deutschen Kriegs-
krieger ihren Feldzug verloren. Jetzt dichten sie — bis auf
weiteres — friedlicher und blasen die Schalmel der Völkerverfüh-
nung. Wir haben bereits mehrere Anthologien echter und nach-
empfundener Revolutionslieder. Manche Dichter glauben die
Seele des Proletariats zu entdecken, weil sie sie vorher nicht
kannten — und oft auch nachher nur so oberflächlich. Viele haben sich
wieder der hoch geremten Verliebtheit zugewendet. Heinrich
Lersch, einst Kesselflicker und Kriegsbromme, veröffentlicht im
Salm-Verlag zu Köln in sehr gewählter Sprache Liebesgedichte
an „Die ewige Frau“. Karl Bröger, im Kriegsbeginn
„Deutschlands getreuester Sohn“, schuf den starken Bekenntnis-
roman eines Arbeiters „Der Held im Schatten“ und läßt
ihm nun (gleichfalls im Verlag Eugen Diederichs-Jena) ein Vers-
buch „Flamme“ folgen. Nun will er „ledernen Fußes in neues
Menschenland“ schreiten und „Abkehr vom Krieg“ verkünden, sieht
die zerfetzte Menschheit, „Grab für Grab, drückende Lasten von
Blei und Blut, daß Hunger, Seuche und Uebermut, das ganze
Fühlhorn irdischer Qualen“. Nun heißt es, betauernd: „Heilig
der Mensch und dreimal heilig das Leben!“ Wäre Euch diese Er-
kenntnis nur früher gekommen, als unsere Dichter noch mit Gott
für Kaiser und Ludendorff ihre Schlachtgesänge anstimmten. Nun
heißt es wieder: „Boll, hab acht! Brüder wacht! Eher soll der
letzte Mann verderben, als die Freiheit wieder sterben.“ Man
schwärmt also schon wieder für eine Freiheit, die noch gar nicht da
ist, wie früher für ein Vaterland, das wir gar nicht hatten.
Zwischen die Gedichte schieben sich, ein wenig in der Art Feig von
Unruh, dramatisierte, oratorienhaft gestimmte Spiele „um Gott“
und „von Schuld und Sieg“. Alles würdig und klug, aber
ohne ursprünglich zwingende Kraft und Schlichtheit.
Dem Proletariat dichterisch näher bleibt Max Barthel, der
gleich mit drei Bänden wieder hervortritt. In der Sammlung
„Arbeiterleser“ (Verlag Diederichs 1920), die seine bisher un-

gedruckten Gedichte aus Jugend und Wanderjahren des Fabrik-
arbeiters, aus Krieg, Gefängnis und Revolution enthält, will er,
wie er sagt, die Entwicklungstunde nicht eines einzelnen, sondern
einer ganzen Generation aufzeigen. Das ist etwas viel behauptet,
zumal hier ganz abseitige und beiläufige Gefühle mit wesent-
lichen und unwesentlichen Tendenzen sich gerade so mischen, wie
poetisch Wertvolles und Gelientes mit Belanglosem und Ge-
stümpertem. Die radikale sozialistisch-kommunistische Gesinnung
des Dichters kommt am stärksten in dem Schluchgedicht „Peters-
burg“ mit tollenden freilichtlichen Rhythmen zum Ausdruck. In
milderem Glanz, voller Zärtlichkeit ruht sein Buch: „Lass uns
die Welt gewinnen!“ (Verlag Hoffmann und Campe).
Kampf und Sehnsucht nach Innen gewendet, scheint es sich manch-
mal fast volksliederhaft: „Abendrot — Morgenrot — Frühlings-
erbarmen — Ich bringe Euch Brot, weint nicht ihr Armen!“ Da-
gegen in einem schmalen Bändchen Balladen aus dem Gefängnis
„Das Herz in erhabener Faust“ sprengt die Ent-
schlossenheit enge Wände. Hier ist sprachlicher und dichterischer
Ausschlag.

Von dem nicht minder bekannten Arbeiterdichter Paul Jech
erschien bei Hoffmann und Campe der Gedichtband „Golgatha“,
eine Beschreibung zwischen zwei Feuern, noch vom Blutgeruch der
Erde umwittert, ächzend und schwer, aber nach Golgatha auf ein
Pflingten hoffend und schon nach der Musik der Sterne trachtend.
Eise Laster. Schüler sagt von ihm: „Paul Jech schreibt mit
der Art seine Verse. Man kann sie in die Hand nehmen, so hart
sind die. Sein Vers wird zum Geschid und zum murrenden Volk.
Er läßt Qualen durch sein Herz dringen; ein düsterer Peter.
Über seine Kristallaugen blitzen unzählige Male den Morgen der
Welt.“ Die ihn so lobte, umfaßte ihn und alle ihre Freunde mit
dichtender Lust. Ihr Gesamtwerk erscheint jetzt nacheinander in
einer schönen Ausgabe bei Paul Cassirer, zuletzt der eben zitierte
Band „Die Kuppel“ und „Hebräische Balladen“. Ihr Dichten
ist urzeitlich schimmernde Welle des Blutes und im Tiefsten dem
Traume Peter Hilles verwandt, lang sie von sich ihr Lied:
Ueberall wo ich gehe / Raucht ein dunkler Wald, / Und bin doch
beim splender Herzschelm, Erde, / Denn mein Herz murremt das
Lied / Moosalter Bäche der Wälder. E. B.

Theater

Im Theater des Westens ist ein Singpiel von Gilbert „Der
ersten Liebe goldene Zeit“ (Text von Leo Rastner) be-
wältigt aufgenommen worden. Es ist das beliebteste Thema von „Alf
Freiberg“, Studentenliebe und allerhand farbenprächtige Bei-
werk. Die Musik von Gilbert trifft oft den volkstümlichen Ton
hält sich von gar zu wehleidigen Sentimentalitäten fern, bringt

Seize gegen Dissidenten

Genosse M. Peters, Gemeindevorsteher in Alt-Glenide, der kürzlich auf eine Anzeige des Kirchenrats seiner Gemeinde hin wegen einer Rede am Grabe verurteilt worden ist, schreibt uns: Die Verfassung der deutschen demokratischen, kapitalistischen Republik, die seit vor einem Jahre unter pumpförmiger Gepränge in der Nationalversammlung zu Weimar beschlossen wurde, verpflichtet „allen Bewohnern des Reiches volle Glaubens- und Gewissensfreiheit“. Die ungehörte Religionsübung soll durch die Verfassung „gewährleistet“ sein. Das ist ein lautes Versprechen. „Volle Glaubens- und Gewissensfreiheit“ kann in einem kapitalistischen Staate unmöglich existieren. Die Auswirkungen der ungleichen ökonomischen und sozialen Machtverhältnisse auf das Bestehen lassen sich durch papierne Bestimmungen nicht bannen. Immerhin wären die staatlichen Organe verpflichtet, den in der Verfassung versprochenen Schutz für Religionsübungen aller Art durchzuführen. Aber auch davon ist in unserem Staatswesen keine Rede. Der Hügelschlag der neuen Zeit hat unsere Rechtspflege am geringsten berührt und die zur Befolgung der menschenwürdigen Elemente geschaffene vorrevolutionäre Rechtswahrung wird auch heute noch uneingeschränkt betrieben.

Inbesondere ist die feinerzettelte geschaffene ausnahmerechtlige Behandlung der Dissidenten unverständlich geblieben. Ist es doch den Dissidenten in unvorstellbar auch heute noch nicht möglich, ihre Angehörigen in der von ihnen gewünschten Art bestatten zu lassen! Der Schöffengericht in Cöpenick hat kürzlich den Schreiber dieser Zeilen verurteilt, weil er am Grabe eine improvisierte Trauerrede gehalten hat. Das niedrige Strafmaß (3 M.), das nur einer geachteten Stellung in der Gemeinde verdankt, darf nicht über die Gefährlichkeit des Urteils hinwegtäuschen. Denn selbst es Rechtskraft, so wird die ganze große Schar der schwarzen Wenden und ihrer Advokaten auf den Plan treten, um die vor der Revolution im Interesse der Erhaltung des Privilegs der Leichenredner eifrig betriebene Hag gegen Laienlehrer von neuem zu beginnen. Und da der Begriff „Rede“ einer gesellschaftlichen Erklärung entspricht, so werden wir es wieder erleben, daß drei Widmungsworte am Grabe eines toten Freundes genügen, um die Trauerfeier zu führen und den Redner zu bestrafen. In diesem Gebirgsungeheuer, der den Rechtsanschauungen vorrevolutionärer Zeit misachtet, bewegte sich auch durchaus die Begründung des erwähnten Urteils. Jeder Volk, der am Grabe einige Worte spricht, ist als Pöbel und Veranlasser eines „ungeordneten“ Leichenbegängnisses anzusehen, und wenn er nicht die Genehmigung dazu eingeholt hat, zu bestrafen. Diese Begründung beruht auf die §§ 9 und 19 des Reichsvereinsgesetzes vom 18. April 1908. Entstanden ist sie in der Zeit der Sozialisten- und Dissidentenverfolgungen. Eine Stütze im Gesetz selbst findet diese Rechtsprechung aber nicht. Der klare Sinn des § 9 des Reichsvereinsgesetzes ist der, den Volkspolitiker die Rechte zu haben, Leichenbegängnisse, die als Aufgabe eines demokratischen Charakters tragen, von ihrer Genehmigung abhängig zu machen. Und nach dem Wortlaut des § 19 sind nur Versammlungen oder Versammlungen von Versammlungen unter freiem Himmel über die Leichen ohne polizeiliche Genehmigung strafbar. Eine Bestrafung des Redners ist überhaupt nicht vorgesehen. Es kann unmöglich die Absicht des Gesetzgebers gewesen sein, die Polizeibehörde zu veranlassen, in jede Trauerveranstaltung störend einzugreifen.

Die ungeheure Härte, die in dem oben erwähnten Urteil gegenüber der Dissidenten liegt, wird indessen erst offenbar, wenn man die Friedhofsverhältnisse, sowie die Rechte der Kirchenbehörden und der Gemeinden näher betrachtet. Die politischen Gemeinden haben auch heute noch nicht das Recht, selbständige Friedhöfe zu errichten. Die Anlage oder Erweiterung eines Friedhofes ist vielmehr abhängig von der Genehmigung der Ortspolizeibehörde, die solche wiederum nur mit Zustimmung des Regierungsverordnungspräsidenten erteilen darf. Die Regierungspräsidenten wiederum haben vor Erteilung der Zustimmung, wegen Berücksichtigung der kirchlichen Interessen mit den geistlichen Oberen in Verbindung zu setzen. (Erlaß des Ministers vom 12. August 1891.) Die Kirchenbehörden können also, wenn sie durch einen neu zu schaffenden Gemeindefriedhof eine Schädigung ihrer Interessen befürchten, die Anlage eines solchen Begräbnisplatzes hindern. In vielen Orten gibt es nur einen, den kirchlichen Friedhof.

Die Kirchengemeinschaften, die Begräbnisplätze besitzen, sind nun allerdings verpflichtet, Andersgläubige anzunehmen. Daraus erwächst — so sollte man wenigstens meinen — von selbst die moralische Pflicht, die Art der Bestattung dem Trauerfolge zu überlassen. Ueber Moral und Sitte indessen darf man mit den Vertretern der Kirche nicht streiten. Rechtlich liegen die Dinge so, daß sie den Minoritäten Vorkrecht auf ihren Friedhöfen nur bei Anerkennung der von ihnen geschaffenen Friedhofsordnungen gewähren brauchen. Diese Friedhofsordnungen bestimmen aber Art und Charakter der Trauerfeier. Die Mitwirkung von „Laienrednern“ verbietet sie durchweg. Selbst die Ortspolizeibehörde hätte nicht einmal das Recht, derartige Reden, die die Friedhofsordnung unterlag, zu genehmigen.

Gefühl mit Schwung und Schmitz und hat besonders im Charakter des zweiten Aktes einen richtiggehenden Schläger, der alles heranzieht und den großen Erfolg bezieht. Das reichvoll ausgestattete Werkchen war mit Geschmack und Geschick von Oberregisseur Franz Groß in Szene gesetzt. Er selbst, der Fallenberg der Operette, gab darin eine Baurrolle mit außerordentlicher Charakteristik. Lotte Wertmeister, übersprudelnd von Druck und Drostele, Margit S. G., anmutig im Spiel und Gesang, Julius Dewald, Franz Feltz und die anderen hatten mit Orchester und Ballett beim Publikum glatt gewonnen.

Das junge Deutschland beschließt seine Tätigkeit mit der Uraufführung von Otto Jarek „Kaiser Karl V.“, die am Sonntag, den 29. August, 12 Uhr mittags, im Deutschen Theater, stattfindet. Das Werk des jungen Dichters wird ausschließlich von jungen Schauspielern dargestellt werden. Die Inszenierung leitet Heinz Hertz.

Das Hoftheater eröffnet die diesjährige Winterspielzeit am 2. September mit Gerhart Hauptmanns „Katten“. Im Laufe der Spielzeit gelangen noch folgende Werke zur Aufführung: Otto Ludwig: „Der Erbfeind“, mit Bernhard Rose, Richard A. Schön: „Der Antichrist“, Regie: Emil Vesting, Gastspiel Ida Orloff, Robert Respiat und Franz Staroson: „Verflucht sei der Aker“, Edmund Unger: „Der verlorene Sohn“, Gastspiel Ida Orloff, Schafspeare: „Ein Wintermärchen“ und „Der Kaufmann von Venedig“, Kogebue: „Die deutschen Kleinrentner“, Emil Rosenow: „Kater Lampe“. Die Aufführung von 3 Uhr, wiederholt.

Im neuen Volkstheater wird von heute ab täglich Hespermanns Schauspiel „Die Hoffnung auf Segen“ gegeben. Die Winterspielzeit beginnt am 1. September mit Gerhart Hauptmanns Diebskomödie „Der Dieb der Diebe“.

In der Volkshöhle wird abendliche Lehars erfolgreiche „Zigeunerliebe“ wiederholt. In den Sonnabends- und Sonntagmorgens „Die Fledermaus“.

Im Kaffentheater geht in den ersten Tagen des September Hermann Sudermanns Schauspiel „Die Freunde“ zum erstenmal in Szene. Alla Düring spielt die Titelrolle.

Am Deutschen Kleinkunsttheater gelangt am 1. September ein multifacetter Schwan „Die Scheidungsreise“ von Rudolf Prescher und Leo Walter Stein, Musik von Hugo Fricz, unter der Leitung von Direktor Victor Palfi zur ersten Aufführung.

Im neuen Operettenhaus wird die Winterspielzeit am 28. d. M. mit der „Cittobaronck“, im Metropolitantheater Anfang September mit Kalmans „Holländische Hochzeit“ eröffnet. Sturmtheater „Jugend“ nennt sich eine Gruppe junger Schauspieler und Dichter. Am 22. August um 12 Mittags findet im Weißerjahl, Köbener Str. 38, eine Programmerrichtung statt.

Die Folge dieser verstorbenen Rechtsverhältnisse ist nun, daß die Bestattung von Andersgläubigen auf dem Friedhof irgendeiner Kirchengemeinde ohne jede Feiertags-, lang- und langsam, wor sich zu gehen hat, sofern nicht die ausführenden Organe der betreffenden Kirchengemeinde ein Entgegenkommen zeigen. Die Begräbnisart der Dissidenten hängt also vollkommen von der Willkür der Kirchhofsbehörden ab — ein durchaus unzulässiger Zustand, der durch das oben erwähnte Urteil auf neue „rechtlich“ justifiziert wird. Die Ausübung des Urteils ist somit eine zwingende Notwendigkeit, um diesen unerhörten Ausnahmezustand gegenüber Dissidenten zu befestigen.

Daneben muß endlich aufgeräumt werden mit den alten ministeriellen Erlässen und Verordnungen, die bestimmten Kirchengemeinschaften Privilegien einräumen. Solange sie noch bestehen, kann davon keine Rede sein, daß die Verfassung die ungehörte Religionsfreiheit gewährleistet und ihr staatlichen Schutz angeordnet läßt, wie es auf dem gedruckten Papier der deutschen Reichsverfassung so schön zu lesen ist.

Dragesch auch in Sachsen

Dresden, 21. August.

Die Telegraphen-Union meldet: Das sächsische Ministerium des Innern hat Kenntnis davon erhalten, daß auch in Sachsen versucht wird, eine Selbstschuß-Organisation von Städten und Gemeinden zu bilden. Die Polizeibehörden sind sofort angewiesen worden, allen solchen Bestrebungen mit Nachdruck entgegenzutreten und bereits bestehende Dragesch-Organisationen aufzulösen. Die sächsische Regierung warnt auf das Eindringlichste vor der Beteiligung an der Dragesch und erklärt: Jeder Versuch von Personen, solche Verbände zusammenzuschließen, würde als ein Verstoß gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit notwendigen Maßnahmen angesehen und demgemäß mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei vorliegenden mildernden Umständen mit Gefängnis bestraft werden müssen. Als zulässige Selbstschuß-Einrichtungen der Gemeinden können nur solche angesehen werden, welche den vom Ministerium des Innern unter dem 3. Mai erlassenen Richtlinien über den örtlichen Schutz entsprechen. Die Dragesch-Organisationen entsprechen diesen Richtlinien nicht und würden daher schon aus diesem Grunde unzulässig sein. Die Auflösung der Dragesch-Organisationen ist schon deshalb notwendig geworden, damit nicht bis zum Bekanntwerden der Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgesetz sich neue bewaffnete Organisationen bilden, die dann auf Grund dieser Bestimmungen doch aufgelöst werden müßten. Das Bestehen der Dragesch-Organisationen widerspricht den in Spaan mit den Verbands-Mächten getroffenen Abmachungen.

Die Juden-Razzia in Oberschlesien

Zu der skandalösen Auslieferung jüdischer militärpflichtiger Arbeiter an die Polen wird uns aus Katowitz geschrieben:

Am 17. d. M. ist in Katowitz eine sogenannte „Ausländer-Razzia“ veranstaltet worden, worüber die „Katowitzer Zeitung“ in folgender Weise berichtete: „Auf Anordnung der hiesigen interalliierten Kommission wurde am gestrigen Nachmittag von der blauen und grünen Polizei eine „Ausländer-Razzia“ in den Straßen, Lokalen und den bekannten Schlupfwinkeln von Katowitz und Myslowitz vorgenommen mit dem Ergebnis, daß mehrere hundert Personen, die ohne Passausweis waren, über die Grenze abgeschoben wurden.“

Dazu muß vor allem festgestellt werden, daß die Festgenommenen ausnahmslos Juden waren, so daß die Benennung „Juden-Razzia“ geeigneter ist. Dann muß weiter nachdrücklich betont werden, daß der größte Teil der Abgeschobenen vorläufige Ausweispapiere besaß; es wurden aber alle „Ausländer“ ohne weiteres verhaftet und abgeschoben, auch die, die in Katowitz beschäftigt sind und Passausweise besitzen. Die „Razzia“ soll auf Anordnung der interalliierten Kommission vorgenommen worden sein; es ist aber eine Frage, ob das eine Angelegenheit der interalliierten Kommission sei, und ob die Katowitzer Behörde in solchen Angelegenheiten den französischen Befehlen gehorcht sein muß. Diese Razzia ist jedoch vielmehr eine Folge der Judenhetze, die auch von der „Katowitzer Zeitung“ betrieben wird, unter der Ausflucht, daß alle „Ojuden“ Schieber seien. Es steht aber fest, daß eine solche „Razzia“ die wirklichen Schieber niemals berührt, weil die Schieber immer Mittel besitzen, um sich der Festnahme zu entziehen. Dagegen hat die Razzia fast ausschließlich die jüdischen Arbeiter getroffen, die hierher gewandert sind, um ihr Leben vor dem polnischen Militarismus zu retten, und die nicht gegen die russischen Arbeiter kämpfen wollten. Die Abgeschobenen waren bis auf wenige Ausnahmen polnische Militärpflichtige. Niemals werden lausn Militärpflichtige dem Lande wieder ausgeliefert, aus denen sie geflüchtet sind. Solche Leute auszuliefern, heißt mehr als unverantwortlich handeln — es heißt verbrecherisch handeln, denn dem größten Teil der Abgeschobenen droht Todesstrafe, der andere Teil wird nach furchtbaren Mißhandlungen an die Front geschickt werden. Die deutsche Reaktion handelt somit den polnischen Genossenschaftsgenossen Hand in Hand. Und ist denn das kein Neutraittatsbruch?

Nun behauptet man, daß die Abgeschobenen unerwünschte Elemente seien, die sich meist mit dunklen Gesichtern befänden. Demgegenüber muß nochmals betont werden, daß unter den Abgeschobenen sich einige hundert befanden, die hier beschäftigt waren und richtige Ausweispapiere hatten. Wenn sich unter den Abgeschobenen auch viele Arbeitslose, also „lästige Elemente“, und auch solche, die sich mit Schiebererei beschäftigten, befanden, so ist das nur die Schuld der hiesigen Behörden. Der größte Teil dieser jüdischen Flüchtlinge will nach Palästina fahren, die deutschen Behörden tun aber nichts, um ihnen die Reise zu ermöglichen. Die Katowitzer Polizei weiß sehr gut, wer die wahren Schieber sind, aber diese werden nicht angefaßt.

Herrn Kapps Zwangsverwalter

Bekanntlich war gegen Herrn Kapp, den geflüchteten Reichskanzler der Völkerei, weil man ihn selbst durch die Lappen gehen ließ, die Vermögenskonfiskation ausgesprochen worden. Sie wurde durchgeführt, sein östpreussisches Gut unter staatliche Verwaltung gestellt, aber so, daß man glauben möchte, sie wolle als eine Art Treuhänderin für die Familie Kapp dienen. Die „Königsberger Volkszeitung“ berichtet also darüber:

Zwangsverwalter des Kappischen Rittergutes Wlken in Ostpreußen ist ein ehemaliger aktiver Hauptmann, der die Landwirtschaft erlernt hat. Tatsächlich verwalter das Gut der selbständige Sohn Kapp jun. Es schweben Verhandlungen zwischens Verpachtung des Gutes an ihn! Er hat die Absicht, so viel wie möglich für den Staat aus der Verwirklichung herauszuschlagen. Er verlangt Verpachtung an ihn auf zehn Jahre, bei vorzeitiger Kündigung eine Entschädigung von einer halben Million Mark. Kapp jun. ist es bisher leider noch nicht gelungen, aus dem Gute Erträge für den Staat flüssig zu machen. Er hat durch den Landwirtschaftskammer befehlige Wäcker „bewiesen“, daß das Gut seit jeher mit Unterbilanz gewirtschaftet (!) und sein Vater nur zugefegt hat. Nur aus Liebe zum Vaterland hat er dauernd die Wirtschaft aufrechterhalten. (!) Das Gut ist 2500 Morgen groß, hat einen Wert von 2 1/2 Millionen Mark und ist mit einer halben Million Mark belastet. Herr Kapp ist also zweifacher Millionär. Er beabsichtigt, demnächst Vorschläge vom Staat zur weiteren Durchführung der Zwangsverwaltung zu erfordern usw. — Das klingt alles geradezu unglaublich. Schließlich wird bei dieser Art von „Zwangsverwaltung“ aus der Vermögenskonfiskation noch eine Bereicherung der Familie Kapp an Staatskosten.

Der Schlußfolgerung des Königsberger Blattes wird man, falls sich seine Angaben bewahrheiten, die Berechtigung gemäß nicht verweigern dürfen. Immerhin braucht man sich über die republikanische Konfiskationspraxis nicht weiter zu verwundern. Sie hat Vorgänge, man denke nur an die merkwürdige Auseinandersetzung mit dem Hause Hohenzollern. Was dem Herzog recht ist, muß dem Diener billig sein. Da sie zudem heute in der Stunde der Gefahr ausstriften, braucht man sich auch nicht aus moralischen Erwägungen heraus zu einer differenzierteren Behandlung zu verstehen, so daß alles in Ordnung ist.

Russische Beschwerdeführung

U. Wien, 21. August.

Der Bevollmächtigte der russischen Sowjetkommission in Wien, Bronski-Warszawski, hat an den Staatssekretär des Außerer, Dr. Renner, eine Note gerichtet, in der er Beschwerde führt, daß er, unter Hinweis auf das Kontrollrecht der Entente-Mächte am funktentelegraphischen Verkehr mit Rußland gehindert werde. Dadurch werde ein Punkt des Kopenhagener Übereinkommens verletzt. Die Note beruht sich auch auf die zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung zustandgekommene Übereinkunft. Ferner beschließt sich die Note mit der von dem Staatssekretär des Außerer abgegebenen Neutralitätsklärung der österreichischen Republik im Kampfe zwischen Rußland und Polen und stellt fest, daß die österreichische Regierung in dieser Frage eine Haltung eingenommen habe, die als Schädigung der Interessen der russischen Sowjetrepublik betrachtet werden müsse und Teilen des Kopenhagener Vertrages widerspricht. Die Note schließt mit der Erklärung, daß der Vertreter der Sowjetkommission alles daran setzen werde, daß das Kopenhagener Übereinkommen vom ersten bis zum letzten Punkte durchgeführt werde.

Offiziersspiegel — Ehrenmänner!

In der „Leinziger Volkszeitung“ schreibt ein „freiwillig ausgeschiedener“ Offizier:

Früher gab es ein Ehrengericht, meine Herren. Das war eine sehr kluge Einrichtung. Davor wurden alle die gezogen, denen man nachsagen zu können glaubte, sie hätten, wenn man es durch eine ganze spezielle Brille ansah, ein Tüpfchen auf ihrem blauen Ehrenschild. Solche Anschauungen waren der reine Dohn auf die Menschlichkeit. Wenn ein Vorgesetzter nämlich seinen Offizier besart bis aufs Blut schikanieren — o, das verstanden sie mitunter recht gut, die Herren! —, daß jener aus sich herausdrach — er wurde abgetan. Ober ein Offizier setzte sich warm für seine Leute ein, vernachlässigte die Sauferei im Kasino und pfiff überhaupt auf das ganze affektierte Maschinenmenschen — er wurde abgetan; Vornände gabs genug. Dafür konnte er aber ruhig die Frau eines Kameraden verführen und seine Ehe zerstören; wenn er bloß schelliger und sicher abdrücken konnte, dann hatte jener Bettrogene nämlich noch obendrein seine Kugel im Herzen. Dann war die peinliche Affäre aus der Welt; die Festungshaft war ehrenhaft und wurde bald geschenkt, und ein solcher Mann ward der ehrenwerteste Held der Gesellschaft — einer Gesellschaft, die durch ihr Handeln sich von selber richtet, so daß man kein Erbarmen mit ihr zu haben braucht, wahrhaftig nicht. Und sprang einer auf bei der Ehrentatsverhandlung und warf glühenden Gesichts ein paar lächerliche, fürsprechende Worte dazwischen, da erhob sich der Kommandeur sehr selbstbewußt: „Ich bin verantwortlich für den Geist in meinem Offizierskorps. Und Seine Majestät wünschen, daß wir gerecht, aber streng urteilen. Recht streng, damit er sieht, wie untadlig wir denken, nur damit wir ihm nicht das Vorrecht der Ausübung seiner Allerhöchsten Gnade vorwegnehmen!“ — Und der lächerliche Sprecher war schon vornotiert für den nächsten Fall. Der Kaiser aber dachte gar nicht daran, Milde zu üben, denn es war von Gott begeben. Man könnte Hände schreiben über solche Fälle. Aber das warmherzige Menschenherz zog sich zusammen im Krampf und im Jactrum. Aus so etwas wurde der Hag geboren. „Wir müssen das Ehrengericht wieder haben“, schrien die Offiziere. Es wärs ihnen ein recht bequemes Handwerkszeug, alle die gesellschaftlich totzumachen, die revolutionär empfanden. Die nicht jeder eine Abschlusliste vorzuweisen haben, wieviele — Volkseinde, Spartakisten sie in den letzten beiden Jahren bejeitigt haben. Das wären dann die neuen Salonlöwen — denn das bewußte Hingewordene haben in den vier langen Kriegsjahren, das ist bereits etwas so Unbedeutendes; es gehört gewissermaßen zur Vorbildung. Und die Frauen finden es heldenhaft schön! Und welche Wagnisvorstellungen werden erst deiner feudal-bürgerlichen Jugend eingemipft, du Deutschland der Zukunft! Denn eines steht heute schon fest: Laospiegelum, heimliches, eitelhaftes, verlogenes Hetzpropagieren, aufpöhlen und aufhegen, damit dumme, vertrauende Hühner in aufgestellte Rehe laufen.

Das ist sehr ehrenhaft, wenn du es tust, nämlich für deine Interessen, solange sie nämlich die deiner Offizierskameraden, deiner Gesellschaft verdrängen. Mach das ein Arbeiter, schließ ihn über den Hausofen, den Hund! Ueberhaupt muß du alles, was sich bei ihnen regt und einleht, beiseiteschaffen, so allmählich — von Liebtönn an (Bravo!) über Marck bis zu Gache (noch besser) und Marburg! Das waren Männer, steht du. Dabei kommt niemals etwas heraus, und die unbehaglichen Hallunken sind wir los. Was können sie nämlich für Unheil anrichten, wenn sie das Volk noch weiter sehend und frei machen — knall sie doch nur heimlich über den Hausen, das ist ehrenhaft! Bravo!

Man muß sich die Wunde jener Kreise vergegenwärtigen, um nämlich solche Niederträchtigkeiten überhaupt begreifen zu können. Da sitzen in Magdeburg Offiziere, durch deren Hände fließt das Geld. Da voltigiert in Sachsen ein Reichwehrlieutenant mit zehntausenden: Bringt uns Berichte, es mag ja alles erstunken und erlogen sein. Hauptsache, daß es knallig wirkt! Daß dem Bürger zum das schlotternde Entleeren antommt vor den Säulen bolschewistischer Gruel, daß es handerlindend zu ihnen gelaufen kommt: o wir brauchen euch so nötig, ihr lieben Offiziere, bleibt unsrer Reitung! Und diese Herren pöhlen sich selbstüberzeugt an die Brust: Ehrenmänner, tüchtige Leute! Da hängt ein überall verzweigtes heimliches Verschwoeren über ganz Deutschland. Ueberall hin streiten sie die Krallen aus. Wer intelligent ist und wer gefährlich werden könnte, den muß man greifen. Beileitigen bei der aller nächsten Gelegenheit! Bis dann endlich der Augenblick da ist, nach Vorbereitungen von unendlicher Mühe, wo das Netz über dem Lande zusammengezogen wird. Erdarmungslos — wo alles tierisch vernichtet wird, was sich den „Ehrenmännern“ nicht beugt. Und triumphierend steigt dann wieder hoch die alte Gesellschaft, mit der Krante in der Faust: Kuch dich, Gesindel, jetzt sollst du an der Kette liegen bleiben und uns sollst du nicht mehr überaschen können.

Vor ihre neuen Ehrengerichte aber wird die neue (alte) Gesellschaft ihre Spiegel und Jurelber nicht laden. O nein, die haben den Ehrenspiegel dabei. Bürgertum, Adel, Offizierskorps, steht euch die Binde von den Augen. Daß ihr seht, wie ständlich gemein ihr geworden seid! Stelt euch nicht vor euch selbst? Aber freilich, eure Festungen schreiben euch ja so etwas selbst. Das wird nämlich als unbedeutend übergangen. Und dein Kapital und deine Industrie geben die Laufende dazu — dafür müssen jetzt auch die Angehörigen ohne Gefähr werden, damit der Ausfall wieder hereinkommt. Und das Geld stecken die Offiziere ein. Ehrenmänner — wahrlich, jeder ist ein ehrenwerter Mann!

Alte Kameraden, seid ihr blind? Stobt ihr jene Lumpen nicht von euch, die künstlich lebensfähige Menschen gegen lebensfähige Menschen, deutsche Väter in sozial Schlachten und Blut gegen dieselben deutschen Väter hehen? Geben euch nicht die Augen über, wo ihr seht, wie unendlich gemein das ist? Wie hundsgemein! Aber ihr begreift ja nicht, weil ihr nicht wollt in eurem beleidigten Dinkel. Weil ihr kein Herz habt. In eurer Brust sitzt etwas anderes: die traffe Selbstsucht, die Angst, die Fofart, der blinde Hag! — Nun, dann muß sie euch ein anderer herunterreißen, die falsche Larve! Einor, besten froher Stolz es war, auch einmal das Portepce getragen zu haben, aber stolz und frei! Und untadelig. Aber der dabei immer sein Herz hat klopfen hören unter der Uniform in der Liebe zu seinen Volksgenossen.

Gewerkschaftliches

Schimpfen oder Handeln?

Dem Großen Vollmerhaus wird uns geschrieben:

Zu unserem Bericht über die Sitzung der Gewerkschaftsvertreter zu der produktiven Erwerbslosenfürsorge fällt sich die „Rote Fahne“ in aufrechter Haltung, was wir ihr weiter nicht ablehnen, aus ihrem Bedürfnis heraus, parteipolitischen demagogischen Mitgliederfang zu treiben. Wenn sich die Gewerkschaftsvertreter darüber unterhalten, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und alles das erwägen, was für die Arbeitslosen zu tun notwendig ist, um ihnen einträglichen den Hunger stillen zu helfen, Vorbereitungen zu treffen usw., so glaubt die „Rote Fahne“, daß diese Kleinarbeit überflüssig sei und mag mit einem Aufschrei über diese für die Arbeitslosen eminent wichtigen Dinge hinwegspringen zu müssen, um sofort in das sozialistische Elarischen hinein zu kommen. Wenn man die Ausführungen der „Roten Fahne“ konsequent befolgen würde, so würde jede Arbeit der Gewerkschaften und sozialistischen Partei unmöglich sein, da sie ja nach ihrer Meinung der Arbeiterschaft absolut nichts helfen würde. Es müßte ferner jede Tätigkeit der Gewerkschaftskommission oder der Gewerkschaftsvertreter in den Kommunen, beispielsweise die Behebung von Grundrungsarbeiten und sonstige vielfältige für die Arbeiterschaft wichtigen Dinge abgelehnt werden. Die „Rote Fahne“ in ihrer hohen Politik scheint sehr wenig Führung mit ihren kommunistischen Vertretern in den Gewerkschaften zu haben, sonst würde sie solche aufrechterhaltungen nicht machen. Die „Rote Fahne“ kann sich gefast sein lassen, daß es leichter ist, die Arbeiterschaft mit Aufrufen zu füttern, als durch händiges Unterwühlen der kapitalistischen Wirtschaftsweise für die Arbeiterschaft etwas Positives herauszuholen. Die Gewerkschaftsvertreter sind der Überzeugung, daß man nicht im Stile der „Roten Fahne“ nur durch Worte der Produktionsfabrikanten den Unternehmern befohlen, sondern daß da andere Nachfaktoren eingestuft werden müssen, um dieses Elend zu beseitigen.

Der Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner

hielt vom 15.—17. August in Kassel seinen 7. Verbandstag ab. Es waren etwa 100 Vertreter aus fast hundert deutschen Städten etwa hundert Vertreter aus fast hundert deutschen Städten erschienen. Auch die Ortsgruppe Groß-Berlin war vertreten. Die dänischen Berufsfeuerwehren hatten ebenfalls einen Vertreter aus Kopenhagen entsandt. Die Verhandlungen wurden von dem 1. Vorsitzenden des Verbandes, Reumann, Berlin, geleitet. Die Verhandlungen nahmen sich namentlich auf den Ausbau der Organisation und die Bekämpfung der Inflation zu. Auch wurden neue Richtlinien für in- und ausländische Feuerwehren und Musterjahrgänge für die Landes- und Bezirksverbände beraten.

Zur Bekämpfungsordnung wurde ein Antrag angenommen, der gegen die geringe Bewertung des Feuerwehrdienstes einseitig Protest erhebt und fordert, daß die Tätigkeit des Feuerwehrmannes der des qualifizierten Hand- und Kopfarbeiters gleich zu achten sei. Der Verbandstag beantragt, daß die Eingruppierung der Feuerwehr in die Gruppen 5, 6 und 7 zu erfolgen habe.

Besüßlich des Ausbaues der Organisation des Verbandes einigte man sich dahin, daß die Beamtengewerkschaft sich auf freier gewerkschaftlicher Grundlage aufbauen und sich an den Deutschen Gewerkschaftsbund anlehnen müsse. Zunächst soll aber die Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Oktober dieses Jahres abgemauert werden, wo man eine Klärung dieser Frage schafft.

Ein Antrag Hamburg forderte die Schaffung eines Brandschutzamtes beim Ministerium. Ein weiterer Antrag der Ortsgruppe Hamburg verlangt die Sozialisierung der Feuerwehrlöhnerungen, die eine gute Einnahme für den Staat seien. Der Vorstand wurde zum größten Teil wiedergewählt. Der nächste Verbandstag soll im Jahre 1922 in Breslau stattfinden.

Die wirtschaftliche Not der Hausportiers und Fahrstuhlführer.

Die Posten, Fahrstuhlführer, Heizer und Hausdienterinnen Groß-Berlins haben in einer Protestversammlung zu ihrer wirtschaftlichen Lage, sowie auch zu der abnehmenden Haltung der Grundbesitzer eine Stellung genommen.

Das Versammlungswort reichte bei weitem nicht aus, um die Beschwerden anzuhören zu können, so daß eine Parallelversammlung im Freien stattfinden mußte. In dem einleitenden Referat des Großen Reumann und der Beibehaltung des Sektionsleiters Augustus wurde das reaktionäre Verhalten der Grundbesitzer gebrandmarkt, insbesondere an Hand von Beweisen festgestellt, daß die Hausbesitzer gar nicht daran denken, die berechtigten minimalen Forderungen der Berufsorganisation zu bewilligen. In der Diskussion wurde noch mehr Beweis gestellt, daß selbst die Amtsgerichte der Provinz durch eine sonderbare Rechtsprechung das Rückgrat brechen.

Die Beschlüsse sind einstimmig Annahme: „Die in den Deutschen Staaten, Alte Jakobstr. 32, im Saal, Hof und Garten überlieferten Versammlungen der Berliner Portiers, Fahrstuhlführer, Heizer, Heizer und Hausdienter, geloben, wenn der Tarif mit den Hausbesitzern nicht in aller nächster Zeit zu ihrer Zufriedenheit erledigt wird, mit allen Mitteln die ihnen zu Gebote stehen in den Kampf einzutreten, um die Widerstände der Hausbesitzer zu brechen, um nur ein für allemal die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkräften.“

Nach Schluß der Versammlungen zogen die Teilnehmer im geschlossenen Zuge nach dem Lustgarten, wo gleichfalls Ansprachen gehalten wurden, die in der angenommenen Resolution gipfelten und die Versammelten sich auflösten.

Der Schilderannamerecht dauert fort

Der Streik der Schilderannamerechter, Helfer, Aufrechter und Arbeiter hat sich infolgedessen weiter verschärft, als bei einigen weiteren Firmen die Arbeit eingestellt worden ist. Ein Teil der Arbeitgeber, die dem Verein Berliner Schilderannamerechter angehören, haben die schriftliche Erklärung abgegeben, daß sie dem Beschluß ihres Vereinsvorsitzenden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, nicht nachkommen werden, sondern sich Kritik an die Anmachungen, die mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband vereinbart worden sind, halten.

Streikarbeit konnte fast überall mit Erfolg verhindert werden. Nur in einzelnen Fällen ist solche ausgeführt worden, so unter anderem im Eugehardt-Ausschnitt, Steinstr. 31 (Jah. Fern. Bad), Bahrenhofer Ausschalt, Streiter Str. 34 (Jah. Fern. Brant), Seidengarten Bringen-Allee 55-56 (Jah. Brandel). Die Inhaber dieser Lokale sind auf die Streikarbeit hingewiesen worden und auf-

merksam gemacht, daß diese Arbeiten von ungelübten Kräften ausgeführt werden.

Die Streikenden richten an die organisierte Berliner Arbeiterschaft das Ersuchen, den Kampf der Schilderannamerechter in weitestem Sinne zu unterstützen und bei Schilderannamerechtern sich zu vergewissern, ob solche von Arbeitern ausgeführt werden, die dazu die Berechtigung haben. Nur wer im Besitze des von der Organisation ausgestellten und mit Verbandsstempel versehenen Arbeitsberechtigungsbüchchens ist, darf diese Arbeiten verrichten. Wer eine solche Berechtigung nicht aufzuweisen hat, gilt als Arbeitswilderer und ist dementsprechend auf sein arbeiterschädliches Tun aufmerksam zu machen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Lohnbewegung bei Wach- und Schließgesellschaften

Am Donnerstag vormittag beschäftigte sich eine von zirka 2000 Wächtern besuchte Versammlung mit den bevorstehenden Tarifänderungen und den zu stellenden Forderungen. Nach Ausführungen des Referenten Leube wurde nach eingehender Diskussion einstimmig eine Resolution angenommen, womit den Unternehmern folgende Forderungen unterbreitet werden. Als Hauptforderungen, um den elementarsten Lebensbedingungen gerecht werden zu können, fordern die Wächter und Wächterinnen einen Lohn von 250 M., Oberwächter 260 M. und Kontrollleute 275 M. pro Woche. Lohnzahlung jeden Freitag. Alle Woche eine freie Nacht oder Schicht. Im übrigen erklärt sich die Versammlung mit dem von Referenten Leube vorgebrachten Punkte vollständig einverstanden. Die Wach- und Schließgesellschaften stehen geschlossen hinter ihrem Beauftragten, dem Deutschen Transportarbeiterverband, und werden mit allen gegebenen Mitteln versuchen, die gestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen.

Lohnbewegung im Stickerergewerbe

Die Stickerarbeiterschaft Groß-Berlins steht seit Mai d. J. in einer Tarifbewegung. Die alten Tariflöhne sind so minimal, daß ein Familienvater als Stundenlohn 250 M. erhält, wenn er das Unglück hat, als Bauer oder Stecher tätig zu sein. Trotzdem erklären die Arbeitgeber, keine höheren Löhne zahlen zu können. Am 23. Juni d. J. wurde vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin ein Schiedsspruch gefällt, der eine allgemeine Lohn-erhöhung von 40 bis 50 Prozent als notwendig erklärte. Die Unternehmer lehnten diesen Spruch ab und der Demobilisierungskommission erklärte am 6. August diesen Schiedsspruch in Anbetracht der vorgeführten 40- bis 50-prozentigen Lohn-erhöhung als zweifellos der Billigkeit entsprechend an, lehnte aber trotzdem die Verbindlichkeitsklärung ab, weil ein behördliches Einschreiten zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens nicht in Frage käme. Er gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeitgeber sich freiwillig zu einer gewissen Erhöhung der Löhne entschließen würden. Dieses geschah in der Weise, daß die Arbeitgeber zehn Prozent Lohn-erhöhung bewilligen wollten, also 30 bis 40 Prozent weniger, als der Schiedsspruch befragt. Es besteht aber der begründete Verdacht, daß die Arbeitgeber die im Schiedsspruch vorgesehenen höheren Löhne in ihrer Kalkulation verrechnet haben und den dadurch erzielten Mehrerdienst in ihre Tasche stecken.

Eine sehr gut besuchte Versammlung der Stickerarbeiterschaft nahm einstimmig folgende Resolution an: Die am 18. August 1920 tagende Bräutigamsversammlung der Stickerarbeiterschaft Groß-Berlins ist gemäß den Lohnabkommen, welches am 23. Juni 1920 vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlins gefällt worden ist, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu erzwingen und einen ihr ausgezogenen Kampf mit härtester Waffe auszutragen.

Achtung! Graphischer Block Nr. 8 ist am Montag von 4 Uhr ab von Baum, Stahlschreiberstr. 47, abzuholen.

Groß-Berlin

Aus unseren Versammlungen

Nachträglich gingen uns noch nachstehende Versammlungsberichte zu:

In der Brauerei Habel sprach Genosse Dr. Wegl. Er verglich die augenblickliche Lage mit der Situation im August 1914. Auch heute versuche man wieder die Arbeiter für chauvinistische Bestrebungen zu gewinnen. Ueber das Verhältnis Deutschlands zu Sowjet-Rußland führte der Redner aus: Aufgabe der Arbeiter ist es, der Form halber nach außen völlige Neutralität zu bewahren. Worin besteht diese Neutralität? In einer praktischen, positiven Aktion. Es genügt nicht, daß die Eisenbahner die Züge und die Transportwege bewachen. Auch die Herstellung jeglichen Kriegsmaterials und von Munition in den deutschen Fabriken, muß sofort unterbunden werden. Das nennt man wirkliche Neutralität. Wir müssen unser Pulver trocken, die Ohren steif und unsere Augen offen halten. Unseren französischen, polnischen und russischen Brüdern aber rufen wir zu: „Lebt mit uns die proletarische Solidarität!“ Nach kurzer Debatte löste sich die Versammlung in aller Ruhe auf.

In Tegel sprach vor überfülltem Hause (2000 Anwesende) Genosse Hesse über die treffenden Ausführungen, die gesunde Lage des deutschen Proletariats während. In der Diskussion sprachen Vertreter der A. P. D. und K. A. P. D., verlangten Berechtigung und energische Hilfe für Sowjet-Rußland, empfahlen der Versammlung die Wahl von politischen Arbeiterräten und Aktionsausschüssen, und lehnten dementsprechende Resolutionen ein, die aber mit großer Mehrheit abgelehnt wurden. Eine von der Versammlungsleitung eingebrachte Resolution, welche von der Regierung fordert, sofortige Maßnahmen zu treffen zwecks Auflösung und Entwaffnung der Orga, ferner Kritik Neutralität verlangt und die Arbeiterschaft auffordert, darüber zu wachen, wurde gegen eine Stimme angenommen.

In Ober-Schöneweide hielt vor ungefähr 1500 Personen Genosse Schünning sein Referat, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Nachdem der Referent die Ausführungen von Rednern verschiedener Parteien in trefflicher Weise widerlegt hatte, schloß der Vortragende mit einem Hoch auf das internationale Proletariat die überaus gut besuchte Versammlung.

In Köpenick sprach vor über 3000 Personen, auf dem Wilhelmshof, Genosse Casus, Berlin, über die politische Lage, dieselbe eingehend schildernd. Nach erläuternden Schlagworten des Versammlungsleiters, Genossen Schme, ging die impulsive Versammlung in vollständiger Ruhe auseinander.

Der Bericht über die Versammlung in der Schulaula Berliner Straße, in der Genosse Künzler sprach, enthält eine Ungenauigkeit. Die eine der abgelehnten Resolutionen fordert

nicht zum sofortigen Kampf gegen die Reaktion auf, sondern der Verfasser der Resolution, ein Kommunist, forderte darin, sofort aktiv und mit Waffengewalt dem bedrohlichen Sowjet-Rußland zu Hilfe zu eilen.

Bezirksorganisation Berlin-Stadt

Die Distrikte werden ersucht, im Laufe des Monats die Funktionäre auszuweisen im Parteibüreau, Schillerstraße 5-6, soweit das noch nicht geschehen ist, abholen zu lassen.

Die Erhöhung der Haftpflichtrenten

Durch das Sinken des Geldwertes sind zahlreiche Unfallrenten in eine drückende Lastlage geraten, die nach Möglichkeit durch eine der Geldentwertung angepaßte Erhöhung gesteuert werden muß. Die Haftpflichtrenten, die entweder durch gerichtliches Urteil oder durch Vertrag oder Vergleich vereinbart sind, gehören den Rentempfänger einen Rechtsanspruch auf Erhöhung der Rente. Sollte der Vertrag oder Vergleich keine ausdrücklichen diesbezüglichen Bestimmungen enthalten, so ist zwar ein Rechtsanspruch nicht vorhanden, aber eine Erhöhung der Rente würde trotzdem aus Billigkeitsgründen in Frage kommen. Bei den Eisenbahnunfallrenten ist jetzt festgestellt worden, daß die Rentenhöhe neu bestimmt werden soll, wenn eine durch das Sinken des Geldwertes verursachte Lastlage anerkannt werden muß. Die neue Festsetzung der Renten soll formlos im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium und mit Genehmigung der Reichsverkehrsminister erfolgen. Die entsprechenden Erhöhungen erfolgen unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs. Die entsprechenden Anträge dürfen jedoch nur die laufenden Renten umfassen; Vereinbarungen, denen Kapitalabfindungen zugrunde liegen, werden nicht erhöht.

Ein falsches Geständnis

Der bisher von einem undurchdringlichen Dunkel umgebene Fall Hecla, bei dem es sich um den mysteriösen Tod der zwei Kinder des Ehepaares Hecla aus der Neuen Friedrichstraße handelt, ist jetzt einer Klärung entgegenzugesandt. Wie noch erinnerlich, wurde am 15. Januar die Ehefrau des Kaufmanns Hecla unter dem Verdacht verhaftet, ihre beiden 12 und 8 Jahre alten Kinder in einer innen mit Pergamentpapier ausgeklebten und deshalb luftdicht schließenden Kellertonne durch Erstickung ermordet zu haben. Frau Hecla legte damals nach vielfältigen Vernehmungen vor dem Kriminalpolizei ein Geständnis ab, in dem sie auch ihren Mann beschuldigte, der dann gleichfalls verhaftet wurde. Das Verbrechen gegen den Ehemann wurde auf Grund einwandfreier Beweise später wieder eingestellt. Frau Hecla blieb jedoch in Untersuchungshaft. In ihrer ersten Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter widerrief Frau Hecla das Geständnis.

Nach längeren Bemühungen, Licht in die Angelegenheit zu bringen, wurde vom Verteidiger der Antrag auf Haftentlassung gestellt mit dem Hinweis, daß auf das Geständnis einer im ersten Schiedsamt zusammengedruckenen Frau nicht viel zu geben sei. An der Hand experimenteller Versuche wies der Verteidiger nach, daß es gar nicht möglich sei, den luftdicht schließenden Deckel von außen so einzupressen, daß eine Erstickung einträte. Offenbar habe sich der Unglücksfall so zugetragen, daß die Kinder beim Spielen in die Tonne hineingeklettert seien und den Deckel lose angelegt hätten. Durch ein Gegenstemmen gegen die Wände der Tonne in der Richtung des Durchmessers sei die Kisteform zu einer Quale geworden, so daß der Deckel über den Ansatz hinwegglitt und den Kindern auf die Köpfe fiel. In dem Bestreben, den Deckel wieder hinauszuschieben, sei er von den Kindern selbst so fest eingeklemmt worden, daß Luftabstrich erfolgte. Unter Zustimmung des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Sauer hat der Untersuchungsrichter die Aufhebung des Haftbefehls und die sofortige Freilassung der Frau Hecla verfügt.

Auslandszucker. Die Zuckerverorgungsstelle des Magistrats Berlin gibt bekannt: Auf Abschnitt Nr. 41 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit Aufdruck „Stadt Berlin“ ist 3 Pfund Auslandszucker für Eismaschinen abzugeben zum Preise von 7,60 M. pro Pfund. Der Verkauf von Auslandszucker erfolgt in allen den Geschäften, die eine Kundenliste zum Verkauf von Kommunalzucker eingereicht haben. Der Bestellabschnitt Nr. 41 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit Aufdruck „Stadt Berlin“ ist unter Vorgelegung der Zuckerkarte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 gegen Abstempelung des Empfangsabchnittes in dem Geschäft abzugeben, in dem der Empfangsberechtigte zum Bezug von Kommunalzucker eingetragen ist, und zwar in der Zeit vom Montag, den 20. August 1920 bis Mittwoch, den 25. August 1920 einschließlich. Nachträgliche Anmeldungen sind nicht zulässig. Der Verkauf von Auslandszucker findet nur in der Zeit vom Mittwoch, den 25. August 1920 bis Dienstag, den 7. September 1920, einschließlich statt. Die Kleinhandlhaber haben kein Steuerabzug von Sparguthaben. In Sparrücklagen ist die irdige Meinung verbreitet, daß bei jeder vom Sparguthaben geleisteten Rückzahlung durch die Sparkassen 10 v. H. in Abzug gebracht werden. Es liegt hier eine Verwechslung mit der Kapitalertragsteuer vor, bei der ein Abzug von 10 Prozent bei den Zinsen stattfindet; die Kapitalien unterliegen einer solchen Steuer nicht, es findet also kein Abzug bei den Rückzahlungen statt.

Vorausichtiges Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag. Vielfach heiter, aber noch veränderlich, bei mäßigen, südwestlichen Winden, ohne erhebliche Niederschläge. Kupper am Mittag ziemlich kühl.

Aus den Organisationen

5. Distrikt, Dienstag, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung, Schulaula, Vorkamer, 51. Tagesordnung: Der neue Magistrat, Bericht über den Jahresbericht, Wilhelmshof, Beschlüsse. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur gemeinsamen Sitzung mit den friedlichsozialen Genossen, nach Schöneberg (Pflanz), Sonntag, 15 Uhr, pünktlich.

11. Distrikt, Sonntag, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung, Treffpunkt: 7 Uhr, Hotel der Bahngasse, 64 Uhr, Sitzung der Elternbeiräte beider Schulen, sowie Bezirksleiter in den Bürgerhallen.

Bereinskalender

Sozialistische Proletariatsjugend, Ortsgruppe Treptow, Sonntag: Spielen in der Königshöhe, Treffpunkt: 7 Uhr, vor dem Jugendheim, Wilhelmshof, 54. Seite mitkommen. Infratage mitbringen. Ortsgruppe Baumhagen, heute abend Vortrag im Jugendheim, Baumhagen, Sonntag: Spielen in der Königshöhe, Treffpunkt: 7 Uhr, vor dem Jugendheim, Baumhagen.

Sozialistische Proletariatsjugend, Abteilung 2, Die Führung durch Feldbau findet nicht morgen, sondern nächsten Sonntag, statt.

Soz. Proletariatsjugend, Kreis 10, Jugend, Gruppe Osten, Sonntag, Kulturveranstaltungen nach Gutzberg, Treffpunkt: 7 Uhr früh, Gutzbergstr., 64. Wobbelstraße.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kahlert, Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kaminer, Berlin. Verlag: Genossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. Druck der „Freiheit-Druckerei“ e. G. m. b. H., Berlin E. 2, Reite Straße 54.

USP.-Stempel
10. Str. 744. Str. 2. 104.

Am 20. Juli sind unter Mithilfe der Genossin

Martha Weiser
Heimkehrer Str. 120.
Über ihrem Nebenamt
Der Vorstand.

Acht! Brautleute!
Eindukations-Training
300 G. Schrägstr. u. 1.20. 911. u. 135.
133.
Neue Methode im Brautrecht!
Kriegs- und Brautrecht!
Inhalt von Braut-Gesetz u. -Erbrecht u. höchsten Stellen.

G. A. Thal,
Königstr. 25
über Wallstraße-Straßenmarkt.
Isthen Sie genau auf den Namen

Parteiexretär

für den Bezirk Hesse-Baldeck, Sitz in Kassel, für 1. Oktober 1920 gesucht. Nur gute Redner, die organisatorische und agitatorische Fähigkeiten durchgehend besitzen, wollen Bewerbungsschreiben einreichen an

Sehr. Weinhauser, Kassel, Wollfangerstraße 112.

Spezial-Arzt Dr. Schott für Geschlechts-, Frauen-, Kinder-, Zahn-, Augen-, Harn-, Nerven-, Haut-, etc. Krankheiten. Wohnort: Kassel, R. 1. Rosenhain-Platz.

Dir. Löser senior 3-1, 4-8. Gonn. 9-1. Nur Rosenthaler Str. 69-70 Rosenhain-Platz.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Sozialistische, prima Gewerbe- und Industrie-Verkauf. 200. - Str. 10. Rosenhain-Platz. 3. Friedrichshagen.

Wagen und Autos von billig bis hochpreisig. Verkaufstr. 106 III.

Strohwaren, Ger. Brauwaren, etc. Verkaufstr. 106 III.

Sozialistische, prima Gewerbe- und Industrie-Verkauf. 200. - Str. 10. Rosenhain-Platz. 3. Friedrichshagen.

Wagen und Autos von billig bis hochpreisig. Verkaufstr. 106 III.

Arbeitslos, suchend

und alle anderen Parteien, einen billigen Sommerurlaub. 10. Rosenhain-Platz. 3. Friedrichshagen.

Wagen und Autos von billig bis hochpreisig. Verkaufstr. 106 III.

Unterricht

Mittelschulliches Deutsch sprechen, schreiben, lehren. 10. Rosenhain-Platz. 3. Friedrichshagen.

Werkzeuge u. Maschinen

Spezialwerkzeuge, einmalig, 10. Rosenhain-Platz. 3. Friedrichshagen.

Fahrräder

Ottensrad, Damensrad, 10. Rosenhain-Platz. 3. Friedrichshagen.

Kaufgesuche

Wagen, Autos, 10. Rosenhain-Platz. 3. Friedrichshagen.

Verchiedenes

Spezialwerkzeuge, einmalig, 10. Rosenhain-Platz. 3. Friedrichshagen.